



Protokoll der 8. Sitzung des Einwohnerrates

vom 25. März 2009, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Raissa Bonjour, Elisabeth Augstburger

Traktanden	Laufnummer
1. Bericht des Stadtrates betreffend Reglement über die Entschädigung der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen (ESL 142.1); Teilrevision <i>://: Antrag des Stadtrates zugestimmt.</i>	2009/48
2. Bericht des Stadtrates zur Motion von Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion und Hanspeter Meyer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend kundenfreundliches Parkieren im Stedtli <i>://: Anträgen des Stadtrates zugestimmt.</i>	2007/173a 2007/173b
3. Schriftlicher Zwischenbericht des Stadtrates zum Postulat von Daniel Spinnler und Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion betreffend Vereinfachung des Zugangs zur Verwaltung <i>://: Kenntnisnahme.</i>	2007/162 2007/162a
4. Schriftlicher zweiter Zwischenbericht des Stadtrates zum Postulat von Danielle Schwab namens der SP-Fraktion betreffend Aufwertung Zeughausplatz <i>://: Kenntnisnahme.</i>	2006/116 2006/116a 2006/116b
5. Schriftlicher Zwischenbericht des Stadtrates zum Postulat von Claudia Roche namens der SP-Fraktion betreffend Sicherheitscheck im öffentlichen Raum – seniorenfreundliches Liestal <i>://: Kenntnisnahme.</i>	2007/152 2007/152a
6. Schriftlicher Zwischenbericht des Stadtrates zum Postulat von Hans Brodbeck namens der FDP-Fraktion betreffend Aufwertung der Altstadt <i>://: Kenntnisnahme.</i>	2007/160 2007/160a
7. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend Postplatz-Neugestaltung, Projekt- und Kreditgenehmigung <i>://: Anträgen des Stadtrates und der BPK zugestimmt.</i>	2008/17 2008/17a 2008/17b
8. Motion von Pascal Porchet und Daniel Spinnler namens der FDP-Fraktion sowie Beat Gränicher namens der SVP-Fraktion betreffend Steuersenkung auf 60 Prozent ab 2010 <i>://: Die angepasste Motion Nr. 2008/39 wird nicht an den Stadtrat überwiesen.</i>	2008/39 2008/39a

- | | | |
|-----|---|---------------------------------|
| 9. | Postulat von Hanspeter Zumsteg der Grünen Fraktion und Regula Nebiker der SP-Fraktion betreffend Verwendung Finanzausgleich-Mehrertrag zur Stützung des Gewerbes
<i>Vertagt.</i> | 2009/45 |
| 10. | Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion betreffend „Pädagogische Hochschule gehört nach Liestal“
<i>Vertagt.</i> | 2008/19 |
| 11. | Schriftliche Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion betreffend Erhöhung der Strompreise per 1. Oktober 2007 und Januar 2009
<i>://: Von der Traktandenliste abgesetzt.</i> | 2008/23
2008/23a
2008/23b |
| 12. | Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion betreffend neues Buskonzept
<i>Vertagt.</i> | 2008/24 |
| 13. | Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Margrit Siegrist der SVP-Fraktion betreffend Verkehrsumlagerung im Zentrum
<i>Vertagt.</i> | 2009/41 |
| 14. | Postulat von Margrit Siegrist und Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion betreffend Tourismusförderung Liestal
<i>Vertagt.</i> | 2009/42 |
| 15. | Postulat von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion betreffend besseren Anbindung des kantonalen Verwaltungsbezirks an die Altstadt
<i>Vertagt.</i> | 2009/46 |
| 16. | Postulat von Matthias Zimmermann der SP-Fraktion betreffend professionellem Stadt- und Standort-Entwicklungsprogramm für Liestal
<i>Vertagt.</i> | 2009/47 |

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen Einwohnerratssitzung. Die heutige Sitzung verspricht viel Spannung, ist doch die Motion betreffend der Steuersenkung bereits von den Medien thematisiert worden.

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 18.02.2009

Der Einwohnerratspräsident informiert darüber, dass vom Ratsbüro am 19. März 2009 das Protokoll der letzten Einwohnerratssitzung vom 18. Februar 2009 mit folgenden zwei Änderungen genehmigt wurde:

Trakt. 58 – Motion betr. Gegenverkehr auf dem Wasserturmplatz (Nr. 2008/29)

Michael Bischof (Seite 159): ... Mit Folgekosten von max. CHF 10'000.— für die von ihm vorgeschlagene neue Verkehrsführung könnte von der Stadt eine pragmatische Lösung finanziert werden.

Trakt. 59 – Postulat betr. Standreglement (Nr. 2008/27)

Regula Nebiker (Seite 161): ... Ferner stellt sich die Frage, ob mit allfälligen Verboten nicht auch wichtige Grundrechte wie Religionsfreiheit und Meinungsfreiheit etc. eingeschränkt würden. ...

Wegen technischer Probleme beziehungsweise fehlender Tonaufnahmen konnte das Protokoll nur anhand der Notizen und aus der Erinnerung erstellt werden. Details der Debatte konnten nicht nochmals abgehört werden.

Mitteilungen des Ratspräsidenten

- Rücktritt Finkbeiner Paul: Das Schreiben von Paul Finkbeiner der SVP-Fraktion vom 18.02.2009 wird verlesen, mit welchem dieser seinen Rücktritt per 30. Juni 2009 bekannt gibt.

Mitteilungen des Ratsbüros

- An der heutigen Sitzung wird letztmals Nils Henn der FDP-Fraktion präsent sein. Das Büro hatte an seiner letzten Sitzung entschieden, dass die während des Amtsjahres auscheidenden Einwohnerratsmitglieder jeweils zum nächsten Schlussessen (im Anschluss an die Juni-Sitzung) eingeladen werden. Bei diesem Anlass können dann die Zurückgetretenen auch von ihren Fraktionen gebührend verabschiedet werden.
- Die angepasste Version der Motion „Steuersenkung auf 62 Prozent“ (Nr. 2008/39a) ist den Einwohnerratsmitgliedern als Tischpapier verteilt worden. Auf der Rückseite sind die vorgenommenen Korrekturen speziell markiert.
- Betreffend dem auf die heutige Sitzung traktandierten Geschäft „Postplatz-Neugestaltung“ (Nr. 2008/17) ist ebenfalls ein neuer vollständiger Situationsplan als Tischpapier verteilt worden.
- Der Amtsbericht 2009 (Vorlage Nr. 2009/49) ist den Einwohnerratsmitgliedern ebenfalls vorgängig der heutigen Sitzung verteilt worden. Das Büro des Einwohnerrates wird in der Pause formell die Überweisung der Vorlage an die Geschäftsprüfungskommission (GPK) beschliessen.
- Ferner ist den Anwesenden auch die Einladung der Schulleitungen zur feierlichen Übergabe des Q2E-Zertifikats vom 07. April 2009 sowie die Einladung der Integrationskommission zum Weltküche-Anlass vom 04. April 2009 verteilt worden.

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtpräsidentin Regula Gysin teilt mit, dass vom Stadtrat Herr Christoph Rudin als neuer Stadtverwalter gewählt worden ist. Dieser wird die Stelle am 01. August 2009 antreten, sich dem Einwohnerrat nach Rücksprache mit dem Ratspräsidenten aber bereits an der Einwohnerratssitzung vom 13. Mai 2009 kurz vorstellen.

Stimmzähler/innen

Der Präsident informiert darüber, dass das Büro an seiner Sitzung vom 19.03.2009 entschieden hatte, dass für das Zählen der Stimmen neu ein zusätzliches Büromitglied bestimmt wird. Die Stimmen des Büros werden an der heutigen Sitzung stellvertretend von Regula Nebiker gezählt, da sich Raissa Bonjour als Büromitglied entschuldigen lassen musste.

Gemäss Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen für die heutige Sitzung bestimmt:

- | | |
|-------------------|-----------------|
| - Meret Kaufmann | Seite FDP |
| - Paul Finkbeiner | Seite SP, Grüne |
| - Vreni Wunderlin | Mitte |
| - Regula Nebiker | Büro |

Neue persönliche Vorstösse:

Es liegen keine neuen politischen Vorstösse vor.

Traktandenliste

a) **Strompreiserhöhungen** (Nr. 2008/23, Nr. 2008/23a, Nr. 2008/23b)

Ernst Burkhardt (SP) beantragt die Absetzung des Traktandums Nr. 11 betreffend der Strompreiserhöhungen, da sich nach der erneuten Korrektur der Strompreise eine Neuberechnung durch die EBL und Verwaltung aufdrängt.

Nils Henn (FDP) kann als Mitarbeiter der EBL bestätigen, dass von der EBL nochmals eine Strompreisanpassung vorzunehmen ist.

://: Dem Antrag für eine Absetzung des Geschäfts „Strompreis-Erhöhungen“ (Nr. 2008/23) von der Traktandenliste der heutigen Sitzung wird grossmehrheitlich zugestimmt.

b) **Anbindung kant. Verwaltungsbezirk an Altstadt** (Nr. 2009/46)

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) informiert darüber, dass von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion ein schriftlicher Antrag vorliegt, mit welchem verlangt wird, dass das unter Traktandum Nr. 15 traktandierte Postulat noch an der heutigen Sitzung behandelt wird.

Hanspeter Meyer (SVP) hält in seiner Begründung fest, dass der neu eingereichte Vorstoss verständlicherweise auf der Traktandenliste weit hinten eingereiht ist. Der Kanton forciert das Geschäft und nach der Behandlung des Postulates an der heutigen Sitzung kann der Stadtrat seine Anliegen auch noch rechtzeitig einbringen und beim Kanton vorstellig werden.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) schlägt vor, dass das Postulat Nr. 2009/46 vor Abschluss der Sitzung noch behandelt wird.

://: Dem Antrag der SVP-Fraktion für eine zwingende Behandlung des Postulates an der heutigen Sitzung betreffend einer besseren Anbindung des kantonalen Verwaltungsbezirkes an die Altstadt (Nr. 2009/46) wird grossmehrheitlich zugestimmt.

61 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Bericht des Stadtrates betreffend Reglement über die Entschädigung der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen (ESL 142.1); Teilrevision (Nr. 2009/48)

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) gibt bekannt, es liegt kein Antrag einer Fraktion betreffend Nichteintreten oder Überweisung der Vorlage vor. Das Eintreten ist unbestritten und das Geschäft wird direkt beraten.

Stadtpräsidentin Regula Gysin nimmt Bezug auf die von Gerhard Schafroth gestellten Fragen per E-Mail im Vorfeld der heutigen Sitzung betreffend der Anpassung der Stundenansätze sowie Abgeltung der Behördengespräche von Schulratsmitgliedern und Sozialhilfebehördenmitgliedern. Bei sogenannten Behördengesprächen des Schulrates oder der Sozialhilfebehörde wird die Entschädigung pro Arbeitsstunde zum gleichen Ansatz wie die Sitzungsgelder vergütet.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) ist auch nach der Antwort der Stadtpräsidentin nicht klar, ob die neue Entschädigung von brutto CHF 40.— nun pro Sitzung oder pro Sitzungsstunde beziehungsweise Arbeitsstunde geleistet wird. Die diesbezügliche Formulierung ist in der stadträtlichen Vorlage textlich falsch.

Stadtpräsidentin Regula Gysin erklärt, in der Synopse gemäss Beilage 2 der Einwohnerratsvorlage ist richtig festgehalten, dass die Entschädigung von brutto CHF 40.— pro Sitzungs- bzw. Arbeitsstunde entrichtet wird.

Margrit Siegrist (SVP) äussert, die SVP-Fraktion werde der beantragten Reglementsanpassung einstimmig zustimmen.

Elisabeth Spiess (GL) orientiert, auch ihre Fraktion werde der Reglementsänderung einstimmig zustimmen. Dies auch im Sinne einer Gleichbehandlung an den vom Einwohnerrat im Oktober 2008 festgelegten neuen Entschädigungsansatz für die eigenen Sitzungsgelder.

Walter Leimgruber (SP) führt aus, auch seine Fraktion werde dem Antrag einstimmig zustimmen.

Roman Zeller (FDP) bemerkt, dass die FDP-Fraktion nach anfänglichen Unsicherheiten den stadträtlichen Antrag unterstützen wird. Seine Fraktion hat eine klare Meinung zum Thema, ist in der Sache aber völlig offen und freut sich über das Gesamtergebnis der heutigen Sitzung. In seiner Fraktion ist die Stimmfreigabe beschlossen worden.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) nimmt Bezug auf die vorgängige Antwort der Stadtpräsidentin und möchte wissen, ob denn nun auch Sondergespräche als Arbeitsstunden entschädigt werden. Die Entschädigung solcher Vorarbeiten als Arbeitsstunden ergänzend zu den Sitzungsgeldern würde eine massive Ungleichbehandlung für den Einwohnerrat und seine Kommissionen bedeuten. Der Einwohnerrat und seine Kommissionen erhalten nur Sitzungsgelder und werden für Vor- und Nacharbeiten nicht noch zusätzlich entschädigt.

Stadtpräsidentin Regula Gysin erklärt, dass bei extra einberufenen Behördengesprächen die festgehaltene Sitzungsdauer gemäss Aktennotiz verrechnet wird.

://: Der Teilrevision des Reglementes über die Entschädigung der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen gemäss Bericht des Stadtrates wird mit 27 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen zugestimmt.

62 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Bericht des Stadtrates zur Motion von Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion und Hanspeter Meyer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend kundenfreundliches Parkieren im Stedtli (Nr. 2007/173a, Nr. 2007/173b)

Hanspeter Meyer (SVP) teilt mit, dass er als Motionär wie auch die SVP-Fraktion betreffend der stadrätlichen Berichterstattung hochofrend sind. Die in der Praxis bereits umgesetzte Änderung hat sich gut eingespielt und für das gebührenfreie Parkieren in der ersten Stunde ist der Detailhandel im Stedtli dankbar. Das Gegenargument betreffend dem zusätzlichen Suchverkehr verhält nicht, findet man doch auch in den besten Einkaufszeiten immer noch freie Parkplätze.

Ernst Burkhardt (SP) äussert, die Freude der SP-Fraktion betreffend der Reglementsänderung hält sich in Grenzen. Seine Fraktion wird an der heutigen Sitzung nicht wieder Grundsätzliches in Frage stellen oder zur Diskussion bringen, da das Ganze letztlich doch ein Schildbürgerstreich ist. Von einer möglichst grossen Rotation bei den Parkplätzen hätte vor allem der Detailhandel profitieren können. Mit der Reglementsänderung dürften sich die bürgerlichen Parteien und das Gewerbe schlussendlich ins eigene Fleisch schneiden. Alleine eine gute Bäckerei in der Rathausstrasse genügt nicht, damit nicht noch mehr Kunden Aldi- und Lidl-Geschäfte mit grossen Parkhäusern ausserhalb des Stedtli aufsuchen werden.

Jürg Holinger (GL) äussert, auch seine Fraktion hat grosse Bedenken betreffend der System- und Reglementsänderung, mit welcher eine Rechtsungleichheit zwischen dem Gewerbe in der Kernzone und dem Gewerbe ausserhalb der Kernzone geschaffen wird. Ferner wird eine Rechtsunsicherheit geschaffen, indem man in Liestal nicht mehr über ein einheitliches System verfügt, mit dem man generell ab der ersten Minute gebührenpflichtig wird. Nach wie vor ungelöst ist auch, dass Parkhausbenützer auch als künftige Sofortzahler nicht von der Reglementsänderung profitieren können. Mühe hat man mit dem vorausseilenden Gehorsam des Stadtrates, welcher die Gratisparkstunde bereits im Dezember vorgängig des Einwohnerratsentscheids eingeführt hat. Gemachte Beobachtungen betreffend dem Nachzahlen bei bereits parkierten Fahrzeugen werden mit dem Systemwechsel noch weiter gefördert. Die fehlende Rotation bei den Parkplätzen ist bereits vom Vorredner erwähnt worden und kann unterstrichen werden. Der Einnahmefall für die Stadt ist beträchtlich und es ist fraglich, ob die Gratisparkierstunde für die Geschäfte auch den erhofften Nutzen bringen wird. Diesbezügliches Zahlenmaterial fehlt in der Motion und auch in der stadrätlichen Antwort. Man wehrt sich auch gegen die Aussage, dass wenn man die Gratis-Parkierstunde in Frage stellt, zugleich auch ein Gegner des Gewerbes sein soll. Wegen positiven Rückmeldungen aus Gewerbekreisen hat seine Fraktion auch keinen einheitlichen Standpunkt in dieser Frage.

Nils Henn (FDP) erklärt, seine Fraktion wird einstimmig für die Reglementsänderung stimmen. Dem Stadtrat wird für die bereits getätigte Umsetzung vor dem Weihnachtsverkaufsgeschäft der Dank ausgesprochen. Damit sich der finanzielle Aufwand der Gratis-Parkierstunde auch lohnt, sind flankierende Massnahmen auch in Zukunft nötig. So müssen die Kunden die billigen Parkplätze auch finden, welche man beim Fischmarkt und auf dem Wasserturmplatz rund um die Uhr vorfindet. Als Schildbürgerstreich wird seinerseits die vertane Chance bezeichnet, dass man der Zufahrt vom Törli über den Wasserturmplatz in den Fischmarkt nicht zugestimmt hatte. Die Möglichkeit für eine bessere Zufahrt in die Kanonengasse, auf den Zeughausplatz usw. sollte deshalb künftig besser genutzt werden.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) meint, die logische Wirkung der Gratisparkstunde ist, dass noch vorhandene freie Parkplätze für die Kunden attraktiv sind. Volle Parkplätze bewirken aber das Gegenteil, dies auch zum Nachteil der Geschäfte. Wird die Entwicklung in Liestal mehr oder weniger Parkplätze mit sich bringen? Bestehende Parkplätze beim Zeughausplatz, im Bücheli, beim Wasserturmplatz usw. werden anstehenden Bauvorhaben zum Opfer fallen. Mit der Konstellation, dass bei weniger Parkplätzen nun auch noch gratis länger parkiert werden darf, wird genau das Gegenteil erreicht. Der vorgeschlagenen Reglementsänderung soll deshalb nicht zugestimmt werden und zuallererst der Bericht abgewartet werden, welcher vom Stadtrat in Aussicht gestellt wird. Erst bei Vorliegen des Berichtes mit Analyse der Wirkungen der Gratis-Parkierstunden inklusive Zahlenmaterial kann seriös entschieden werden.

Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass es heute tatsächlich eine finanzpolitisch gefärbte Sitzung geben wird. Das Geldausgeben im Giesskannenprinzip widerspricht doch der Finanzpolitik der Bürgerlichen. Die Ansätze des politischen Vorstosses sowie der Reglementsänderung sind falsch, kann doch beispielsweise nicht dafür garantiert werden, dass die Mindereinnahmen von 0,25 Mio. Franken an Parkiergebühren in der gleichen Grössenordnung als Mehreinnahmen für das Gewerbe in der Kernzone verbucht werden können. Ihm wäre ein anderer Ansatz analog der Stadt Basel lieber, wo man dem Gewerbe Geld gibt, damit diese ihren Kunden Chips für das Gratisparkieren abgeben können. Seine Fraktion wird deshalb die Motion und stadträtlichen Anträge ablehnen.

Hanspeter Meyer (SVP) nimmt Bezug auf das Votum von Ernst Burkhardt und führt aus, auch gut qualifizierte Läden im Stedtli sind auf günstige Rahmenbedingungen wie ein gutes Parkplatzangebot in Ladennähe etc. angewiesen. Solange Parkhäuser fehlen, sind nur Lösungen möglich, wie sie mit der Motion verlangt wurden. Gemäss Studie wird pro Parkplatz ein Umsatz von 50'000 bis 70'000 Franken generiert. Die Mindereinnahmen von 250'000 Franken müssen nicht vom Steuerzahler berappt werden, da für das Parkieren nicht Steuern, sondern Gebühren kassiert werden. Die Genehmigung der beantragten Reglementsänderung ist jetzt und heute die richtige Lösung. Sollte sich die Situation in ein paar Jahren wieder ändern, müsste man die Sachlage wieder neu überprüfen.

Ernst Burkhardt (SP) meint, das Parkplatzangebot ist nur eine Rahmenbedingung für das Gewerbe. Andere Voraussetzungen und Rahmenbedingungen wie günstige Ladenmieten usw. dürfen nicht ausser Betracht gelassen werden. Immer wieder werden im Einwohnerrat Parkplatzfragen zum Aufhänger, obwohl beispielsweise die Massstäbe der Gewerbetreibenden im Stedtli mit denjenigen der grossen Einkaufszentren nicht vergleichbar sind.

Matthias Zimmermann (SP) nimmt Bezug auf den vom Stadtrat in der Vorlage in Aussicht gestellten Bericht. Die Folgen der verschiedenen Bauvorhaben auf die Parkplatzsituation sollen abgewartet und analysiert werden, weshalb an der heutigen Sitzung die Reglementsänderung nicht als Definitivum beschlossen werden soll. Das vom Stadtrat bereits eingeführte Provisorium soll ohne entsprechende Rechtsordnung noch etwas weitergeführt werden, bevor definitive Entscheide gefällt werden.

Hans Brodbeck (FDP) erklärt, gute Geschäfte orientieren sich an guten Passantenlagen. Wichtig ist deshalb, dass in Liestal ein attraktives Parkplatzangebot angeboten werden kann. Ergänzend sei bemerkt, dass man nicht vom Gratisparkieren reden kann, denn schliesslich bezahlt man für das Parkieren wie bis anhin, darf aber künftig einfach länger das Auto abgestellt lassen.

Michael Bischof (FDP) hält als Besitzer eines eigenen Ladens fest, dass das Gehörte von Gerhard Schafroth weltfremd und weit weg von der Realität ist. Diesem wird eine Unterhaltung mit Raoul Rosenmund sowie ein Studium von aktenkundigen Unterlagen und Berichten zu bereits gemachten Studien empfohlen. Der innovative Vorschlag von Hanspeter Stoll wäre durchaus prüfenswert. Jeder Laden, der nicht an der Rathausstrasse ist, hat ein Problem. Die Ladenmietpreise sind in Liestal nicht zu hoch und viele Geschäfte können nur existieren, weil sie in ihrer eigenen Liegenschaft sind. Kürzlich hatte ihm eine Besucherin aus Laufen positiv über ihr Einkaufsvernügen und das breite Sortimentsangebot im Stedtli berichtet. Diese Kundin wird aber auch künftig nur nach Liestal zum Einkaufen kommen, wenn sie einen Parkplatz in der Stedtlinähe findet. Betreffend den mehrmals erwähnten Mindereinnahmen von 250'000 Franken an Parkgebühren sei erwähnt, dass beispielsweise bei den stadteigenen Parkuhren der Einwurf von zwei Zweifränkern nicht möglich ist, um von der maximal möglichen Parkierungsdauer profitieren zu können, weshalb man dann halt schlussendlich im Parkhaus Bücheli sein Auto abstellt und Parkgebühren bezahlt. Mit dem Angebot für ein gebührenfreies Parkieren in der ersten Stunde ist sicher ein Nutzen vorhanden, Schildbürgerstreich hin oder her.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) möchte vom Stadtrat noch die Präzisierung, ob im Falle einer Ablehnung der beantragten Reglementsänderung das Provisorium bis zum Vorliegen des in Aussicht gestellten Berichtes weiter geführt würde oder nicht. Die Antwort dürfte für die bevorstehende Abstimmung wichtig sein.

Stadtpräsidentin Regula Gysin informiert darüber, dass das vom Stadtrat im Dezember umgesetzte Provisorium betreffend der Gratis-Parkierstunde für maximal 10 Jahre belassen werden kann. Dies ist aber nur für eine so lange Dauer möglich, wenn die betreffenden Gebühren in dieser Zeit keine Änderungen erfahren. Mit der Motionsüberweisung hatte der Stadtrat einen klaren Auftrag betreffend dem Vollzug erhalten. Mit dem in Aussicht gestellten Bericht soll über die Folgen und Konsequenzen betreffend der verlangten Gratis-Parkierstunde sowie resultierenden Folgen und Widersprüchen zum bestehenden Verkehrskonzept informiert werden. Die Gewerbetreibenden im Stedtli wurden bereits darum gebeten, dem Stadtrat bezüglich der Folgen und Konsequenzen auf die Parkplatzsituation, Umsatzzahlen über mehrere Monate usw. Bericht zu erstatten, damit auch diese Rückmeldungen analysiert werden können.

Jürg Holinger (GL) fragt, ob denn das Provisorium auch bei Ablehnung der Reglementsänderung weitergeführt würde?

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) stellt nach den Aussagen der Stadtpräsidentin fest, dass auch bei einer Ablehnung der mit der Motion verlangten und beantragten Reglementsänderung das Provisorium auf maximal 10 Jahre verlängert werden könnte. Die beiden Anträge gemäss Vorlage Nr. 2007/173b werden verlesen und vom Vorsitzenden festgestellt, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Dem stadträtlichen Antrag für die Änderung von § 3 Abs. 1, 2 und 4 sowie § 4 Abs. 1 des Parkierungsreglements wird mit 19 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen zugestimmt.

://: Dem stadträtlichen Antrag für die Abschreibung der Motion Nr. 2007/173 wird mit 20 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen bei 11 Enthaltungen zugestimmt.

63 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Schriftlicher Zwischenbericht des Stadtrates zum Postulat von Daniel Spinnler und Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion betreffend Vereinfachung des Zugangs zur Verwaltung (Nr. 2007/162, Nr. 2007/162a)

Daniel Spinnler (FDP) erklärt, er sei als Postulant über den Zwischenbericht und die Ergebnisse sehr enttäuscht. Sein Postulat ist im Januar 2008 einstimmig an den Stadtrat überwiesen worden. Die Verlängerung der Schalteröffnungszeit an einem einzigen Abend um eine Stunde ist nicht gerade sehr innovativ. Die FDP-Fraktion wird den Zwischenbericht entgegen dem stadträtlichen Antrag nicht zur Kenntnis nehmen.

Hansrudolf Schafroth (SVP) ergänzt, auch seine Fraktion habe vom Zwischenbericht sehr kritisch Kenntnis genommen. Die Stadtverwaltung ist ein Dienstleistungsbetrieb, von welchem grundsätzlich Öffnungszeiten von 07.00 – 19.00 Uhr zu erwarten wären, was mit dem bestehenden Personalbestand und einer besseren Einsatzplanung auch möglich wäre. Die SVP-Fraktion wird vom Zwischenbericht Kenntnis nehmen. Es wird erwartet, dass noch gewaltige Verbesserungen bis zum Vorliegen des Schlussberichtes gemacht werden.

Hanspeter Stoll (SP) erklärt, seine Fraktion sei froh über den Zwischenbericht sowie die bereits veranlassten Massnahmen als Zwischenschritte. Betreffend der geänderten Schalteröffnungszeiten ist schon etwas wenig herausgekommen und er kann das Votum von Postulant Daniel Spinnler unterstützen.

Sabine Ammann (CVP/EVP/GLP) führt aus, auch ihre Fraktion findet die Verlängerung der Schalteröffnungszeiten von zwei Abteilungen um nur eine Stunde als zu wenig. Die Verwaltung sollte zusätzlich über den Mittag und an mindestens 2 – 3 Abenden länger als bisher geöffnet sein. Ihre Fraktion wird aber vom Zwischenbericht Kenntnis nehmen.

Erika Eichenberger (GL) unterstreicht die kritischen Voten der übrigen Fraktionssprecher. Das Entgegenkommen betreffend der verlängerten Schalteröffnungszeiten bewirkt nicht viel. Es muss aber auch festgehalten werden, dass sich die Entscheide sowie Vorstösse im Einwohnerrat betreffend Stellenplafonierung und Steuersenkungen mit den Forderungen nach mehr Dienstleistungen beissen. Verlängerte und flexiblere Öffnungszeiten über den Mittag sowie an einem Morgen würden auch von ihrer Fraktion begrüsst.

Vreni Wunderlin (FDP) macht beliebt, dass die Verwaltung über den Mittag geöffnet bleibt.

Beat Gränicher (SVP) bemerkt, die Schalter sind per Saldo nur gerade eine halbe Stunde länger offen als bisher. Erfahrungsgemäss weiss er, dass eine Erweiterung des Dienstleistungsangebotes in der Verwaltung auch anders möglich wäre. Der Vorschlag von Vreni Wunderlin wird unterstützt, da sich ja wohl kaum alle Verwaltungsangestellten in einer Gemeinschaftsküche gleichzeitig verpflegen müssen.

://: Vom schriftlichen Zwischenbericht des Stadtrates wird mit 21 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen Kenntnis genommen.

64 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Schriftlicher zweiter Zwischenbericht des Stadtrates zum Postulat von Danielle Schwab namens der SP-Fraktion betreffend Aufwertung Zeughausplatz (Nr. 2006/116, Nr. 2006/116a, Nr. 2006/116b)

Regula Nebiker (SP) stellt stellvertretend für die Postulantin Danielle Schwab und als Sprecherin der SP-Fraktion fest, dass die Entwicklung im Zusammenhang mit der Sanierung des Kantonsmuseums bekannt ist. Sie hofft, dass sich die verschiedenen Bedürfnisse aller Beteiligten auf einen Nenner bringen lassen und der schöne Zeughausplatz erhalten bleibt.

Regina Vogt (FDP) verdankt den Zwischenbericht und macht beliebt, dass die Wünsche der Stadt Liestal als Eigentümerin betreffend der Aussenraumgestaltung, dem Auto- und Fussgängerverkehr, Baustellenlärm, Dauer der Baustelle Kantonsmuseum / Zeughausplatz usw. möglichst früh beim Kanton deponiert werden.

Dieter Epple (SVP) berichtet, seine Fraktion sei nicht ganz glücklich über die Entwicklung betreffend dem Zeughausplatz. Das Projekt betreffend der Ziegelhof-Arealüberbauung sollte zuallererst vorgelegt werden. Der Zeughausplatz ist der letzte öffentliche Platz in der Kernzone von Liestal und soll weiterhin uneingeschränkt genutzt werden können. Das heisst, dass auch am jetzigen Standort des Brunnens festgehalten wird und für allfällig wegfallende Parkplätze Realersatz gefordert wird.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) meint, auch seine Fraktion habe vom Zwischenbericht skeptisch Kenntnis genommen. Verschiedene Punkte betreffend Parkplätzen, Brunnen-Standort, Ziegelhof-Areal, Nutzung von Zeughausplatz für Festanlässe müssen mit dem Kanton ausgehandelt werden. Diesbezüglich werden auch konkretere Aussagen im stadträtlichen Schlussbericht erwartet. Die entsprechende Vorlage sollte dann noch von der BPK im Detail beraten werden.

Hans Brodbeck (FDP) führt aus, im Zusammenhang mit der Quartierentwicklung Nord habe man bereits die Ziegelhof-Arealnutzung diskutiert. Mit dem Umbau des Kantonsmuseums riskiert man nun aber, dass diese Entwicklung fremdbestimmt wird. Der Stadtrat hat dafür besorgt zu sein, dass es nicht zu einer weiteren Fremdbestimmung kommt, wie dies bei der Kirchenturmsanierung der Fall war. Er erwartet, dass dem Parlament mit der Unterbreitung einer stadträtlichen Vorlage die Mitsprache beim Projekt ermöglicht wird. Erschwerend kommt hinzu, dass nun auch noch die Stadt selber mit den Tiefbauarbeiten in der Kanonengasse beginnt. Während längerer Zeit sind die Parkplätze in der Kanonengasse nicht benutzbar. Vom Stadtrat sind verbindliche Vorgaben betreffend der Installationen sowie Beleuchtung der Baustelle und Beanspruchung des öffentlichen Areals zu machen. Die Reklamationen wie bei der Poststrasse sollen sich nicht wiederholen. Es wird erwartet, dass nach Abschluss der verschiedenen Bauprojekte rund um den Zeughausplatz das Gebiet einen echten Mehrwert erhält.

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, der Zeughausplatz ist zu 90 Prozent im Grundbesitz der Stadt, was im Zusammenhang mit den anstehenden Verhandlungen doch beruhigend ist. In der kantonalen Begleitplanungsgruppe ist auch die Stadt Liestal vertreten. Dem Einwohnerrat wird betreffend der Aussenraumgestaltung beim Kantonsmuseum noch eine Einwohnerratsvorlage unterbreitet und das Versprechen abgegeben, dass ohne Einwohnerratsentscheid beim Zeughausplatz nichts passieren wird.

://: Vom schriftlichen zweiten Zwischenbericht des Stadtrates wird grossmehrheitlich Kenntnis genommen.

65 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Schriftlicher Zwischenbericht des Stadtrates zum Postulat von Claudia Roche namens der SP-Fraktion betreffend Sicherheitscheck im öffentlichen Raum – seniorenfreundliches Liestal (Nr. 2007/152, Nr. 2007/152a)

Matthias Zimmermann (SP) bedankt sich stellvertretend für die Postulantin für den stadträtlichen Zwischenbericht. Erfreut nimmt seine Fraktion davon Kenntnis, dass das Thema des Vorstosses ernst genommen wird und vom Stadtrat mit dem Langsamverkehr gar noch erweitert wird.

Vreni Wunderlin (FDP) bedankt sich namens ihrer Fraktion ebenfalls für den Zwischenbericht, der inhaltlich ein Kurzbericht ist und deshalb auch wenig aussagekräftig betreffend der geplanten Massnahmen sein kann. Ihre Fraktion möchte mitgeben, dass der Sicherheitscheck nicht nur seniorenfreundlich ausgeschafft wird, sondern für alle Altersgruppen von Nutzen sein wird. Die FDP-Fraktion nimmt vom Zwischenbericht Kenntnis.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) sagt, auch seine Fraktion wird vom Zwischenbericht Kenntnis nehmen. Die Bewegungssicherheit im öffentlichen Raum ist wichtig, vor allem für ältere und behinderte Mitmenschen. Mögliche Schwachstellen sind zur Verminderung des Unfallrisikos zu beseitigen, was sich positiv auf die Schadensbilanz auswirken wird. Diesen Aspekten ist auch bei der Planung des Velowegnetzes die gebührende Beachtung zu schenken.

Margrit Siegrist (SVP) erklärt, auch ihre Fraktion werde dem Zwischenbericht zustimmen.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Ergänzungen aus dem Stadtrat sowie Wortbegehren aus dem Parlament angemeldet werden.

://: Vom schriftlichen Zwischenbericht des Stadtrates wird grossmehrheitlich Kenntnis genommen.

66 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Schriftlicher Zwischenbericht des Stadtrates zum Postulat von Hans Brodbeck namens der FDP-Fraktion betreffend Aufwertung der Altstadt (Nr. 2007/160, Nr. 2007/160a)

Hans Brodbeck (FDP) ist als Postulant und Fraktionssprecher erfreut über den stadträtlichen Zwischenbericht, obwohl man das Postulat schon zweimal abschreiben wollte. Er selbst hat Einsitz in der vom Stadtrat erwähnten Arbeitsgruppe. Er findet es schade, dass zur Sitzung betreffend dem Thema Allee mit unvermeidbaren Parkplatzdiskussionen nicht auch die IGL eingeladen wurde. Er bittet den Stadtrat um Überprüfung und Erweiterung der Eingeladenenliste mit einer IGL-Vertretung.

Sabine Ammann (CVP/EVP/GLP) informiert, ihre Fraktion ist gespannt auf das vom Stadtrat in Aussicht gestellte Gesamtkonzept und wird vom Zwischenbericht Kenntnis nehmen.

Corinne Ruesch (GL) ist froh darüber, dass das Konzept auch mit Interessengruppen der Jugendlichen erarbeitet wird. Erfreut nimmt man auch zur Kenntnis, dass das Gesamtkonzept bis im Mai 2009 vorgelegt wird, damit die Umsetzung und Inangriffnahme wie geplant auch nächstes Jahr möglich ist.

Stadtrat Ruedi Riesen informiert darüber, dass verschiedene Arbeitsgruppen mit unterschiedlicher Grösse tätig sind und deren Arbeiten von einem Landschaftsarchitekten koordiniert werden. Zur Planungsbegleitgruppe ist keine IGL-Vertretung eingeladen worden, wie dies vom Postulanten bereits erwähnt wurde. Hingegen sind zu einer anderen Sitzung betreffend der Rheinstrasse auch zwei Vertreter der Firma Lüdin AG eingeladen worden. Am 2. April 2009 wird das Grobkonzept dem Plenum vorgestellt. Dem Postulanten Hans Brodbeck gibt er Recht, dass die Abschreibung seines Vorstosses vor dem Vorliegen einer Einwohneratsvorlage verfrüht gewesen wäre. Mit der in Aussicht gestellten Vorlage wird nebst dem Kreditbegehren auch die Etappierung des Bauprojektes auf mehrere Jahre sowie die künftige Nutzung des ehemaligen Feuerwehrmagazins und heutigen Jugendtreffpunktes „Joy“ thematisiert.

://: Vom schriftlichen Zwischenbericht des Stadtrates wird grossmehrheitlich Kenntnis genommen.

67 0.01.011.01 Einwohnerrat

**7. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission
betreffend Postplatz-Neugestaltung, Projekt- und Kreditgenehmi-
gung (Nr. 2008/17, Nr. 2008/17a, Nr. 2008/17b)**

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) verliest den Rückweisungsantrag von Hans Brodbeck der FDP-Fraktion: *Die Vorlage Nr. 2008/17 ist an den Stadtrat zurückzuweisen. Es ist ein vereinfachtes, flexibleres Projekt zur Aufwertung des Postplatzes vorzulegen, welches das aktuelle Verkehrsaufkommen berücksichtigt und welches nach Realisierung der nötigen Anschlüsse der H2 erlaubt, die Begegnungszone einzuführen. Begründung: Das Verkehrskonzept 04/185a wurde 2005 vom Einwohnerrat unter Voraussetzungen genehmigt, welche auf absehbare Zeit nicht erfüllbar sind. Das vorliegende Projekt für die Neugestaltung Postplatz nimmt keine Rücksicht auf die aktuelle Verkehrssituation, den Planungsstand der H2 und auf das Verkehrsaufkommen.* Die Fraktionssprecher werden gebeten, sich zum Rückweisungsantrag zu äussern.

Hans Brodbeck (FDP) legt dar, seine Fraktion sei sehr erstaunt gewesen, dass das Geschäft schon wieder auf die heutige Sitzung traktandiert wurde, hatte man doch das Traktandum wegen dem Argumentarium „Velostation“ bereits an der letzten Sitzung von der Traktandenliste abgesetzt. Der BPK-Bericht zum Geschäft Velostation liegt noch nicht vor. Für die schriftliche Beantwortung der FDP-Fragen gemäss Vorlage Nr. 2008/17b wird dem Stadtrat der Dank ausgesprochen. Im Zusammenhang mit dem Verkehrskonzept war die Volksmeinung klar, dass es keine Verkehrsverlagerung auf die Rosenstrasse geben soll. Die beiden Projekte „Postplatz“ und „Schwieri“ führen nun dazu, dass die Poststrasse auch künftig nur im Langsamverkehr frequentiert werden kann und die Rosenstrasse über Jahre hinweg zusätzlichen Verkehr aufnehmen muss. Im Jahre 2005 ist man davon ausgegangen, dass der Kreisel im Schildareal im Jahre 2007 erstellt wird, was sich nun bis ins Jahr 2011 verzögern wird. Die Rosenstrasse kann und darf nicht länger als Entlastungsstrasse erhalten.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) berichtet, dass nach der letzten Sitzung zusätzlich noch die Vorlage betreffend der Beantwortung der FDP-Fragen eingegangen ist. Vom Stadtrat und der BPK hatte er grünes Licht betreffend der nochmaligen Traktandierung des Geschäftes Postplatz-Neugestaltung auf die heutige Sitzung erhalten.

Jürg Holinger (GL) ist erstaunt, dass sich die FDP-Fraktion im Einwohnerrat und auch in der BPK für ein Eintreten auf das Geschäft ausgesprochen hatte und nun heute den Rückweisungsantrag stellt, nachdem die FDP ebenfalls der Überweisung des BPK-Berichtes an den Einwohnerrat zugestimmt hatte. Er glaubt, dass man bald wieder dem Tieflagen-Syndrom verfallen könnte. Während Jahrzehnten hatte man in Liestal verschiedene Planungen zurückgestellt, bis sich dann die SBB betreffend der Varianten Hochlage und Tieflage entschieden hatte. Der Einwohnerrat kann doch nicht bei jedem Geschäft zuwarten, bis auch die allerletzte Unbekannte gelöst ist. Im Zusammenhang mit dem Poststrassen-Ausbau müssen nun doch auch die Prioritäten links und rechts der Strasse gesehen und umgesetzt werden. Es ist auch klar und unbestritten, dass die Veloständer beim Postplatz hingestellt werden. Seine Fraktion ist für ein Eintreten auf das Geschäft und sollten seitens der FDP-Fraktion noch weitere Fragen aufgetaucht sein, so sollen diese anschliessend in der Detailberatung thematisiert werden.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der nicht ganz einfachen FDP-Fragen in kurzer Zeit. Es ist schon ein Dilemma, denn einerseits sollen verschiedene Projekte der Stadt forciert werden und gleichzeitig erfährt das H2-Projekt langjährige Verzögerungen. Es stellt sich schon die Frage, ob es im Rosenquartier tatsächlich nur Schwarz/Weiss-Lösungen gibt oder ob bis zum H2-Anschluss nicht auch Kompromisslösungen gefunden werden könnten.

Bereits heute werden wegen der zusätzlichen Verkehrs- und Lärmbelastung im betroffenen Rosenquartier Häuser zu Spottpreisen angeboten. Vielleicht könnte mit einem Projekt auch eine Zwischenlösung gefunden werden.

Philipp Senn (SP) dankt für die stadträtliche Stellungnahme mit Zusatzinformationen gemäss Vorlage Nr. 2008/17b. Das Projekt Postplatz ist im Zusammenhang mit der Bahnhofentwicklung sowie Aussenraumgestaltung zu betrachten. Dieses bildet einen wichtigen Bestandteil der Verkehrsachse vom Emma Herwegh-Platz bis zur Manor-Neubaute und die Umsetzung des Postplatz-Projektes ist strategisch auch in der Legislatur-, Finanz- und Entwicklungsplanung längst eingestellt sowie bekannt. Detailfragen sind in der BPK geklärt worden und die Zusatzfragen der FDP vom Stadtrat beantwortet worden. Die Synergien im Zusammenhang mit der bestehenden Baustelle bei der Poststrasse sollen beim Postplatz genutzt werden. Seiner Fraktion ist es auch wichtig, dass die öffentliche Eintrittsplattform beim Bahnhof eine zeitgemässe Neugestaltung erfährt. Die SP-Fraktion ist für ein Eintreten auf das Geschäft an der heutigen Sitzung. Es kommt ihm so vor, als ob sich der Skispringer Simon Ammann das Ziel für einen möglichst weiten Flug setzt, dann aber vor dem Absprung wegen einem umgeknickten Zweiglein auf dem Schanzentisch noch abschwingt.

Hanspeter Meyer (SVP) teilt mit, die SVP-Fraktion spreche sich ebenfalls für ein Eintreten aus. Es ist natürlich schon etwas ein Dilemma, da die Rahmenbedingungen und Vorgaben nicht mehr so stimmen, wie sie früher einmal waren. Doch kann in der Detailberatung sicher noch der eine oder andere Punkte geklärt werden. Betreffend der Rosenstrasse könnte beispielsweise in der Detailberatung auch diskutiert werden, ob mit der Achse Poststrasse - Kantinenweg nicht auch eine Verkehrsentlastung für das Rosenquartier möglich wäre.

Roman Zeller (FDP) nimmt Bezug auf das Votum von Jürg Holinger und glaubt betreffend dem Tieflagen-Syndrom, dass man schon damals das real existierende Verkehrsproblem in Liestal nicht zur Kenntnis nehmen wollte. Auch im Zusammenhang mit dem Bau der H2 ist wieder ein Luftschloss vorhanden. Betreffend dem von Philipp Senn zitierten Beispiel von Skispringer Simon Ammann könnte die Geschichte so geändert werden, dass dieser auf dem Schanzentisch nur deshalb abschwingt, weil ihm weiter unten ganz einfach die Landepiste fehlt. Und so fehlen auch bei der H2 die Kreisel und Bauten, die einen Verkehrsfluss zur Entlastung der Rosenstrasse mit sich bringen würden.

Matthias Zimmermann (SP) informiert kurz über die Meinung der BPK betreffend der Vorlage und Eintretensdebatte sowie gefällten Entscheiden im Zusammenhang mit dem vorliegenden Geschäft: Im Rahmen des letzten Entwicklungsplanes hatte man sich für die Forcierung der Verkehrsachse ausgesprochen und deshalb auch die Realisierung des Wasserturmplatzes vorgezogen. Betreffend der Vorlage Velostation weiss man neu, dass die Postterrasse sowieso für die Velos zur Verfügung steht, mit oder ohne Velostation. Die BPK hatte mit 5 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei einer Enthaltung die Überweisung der Vorlage Nr. 2008/17a an den Einwohnerrat beschlossen.

Stadtrat Ruedi Riesen ist ob der Wende der FDP-Fraktion etwas überrascht, hat aber Verständnis betreffend der geäusserten Bedenken im Zusammenhang mit der Rosenstrasse usw. Der Kreisel im Schildareal erfährt zwar Verzögerungen, wird aber doch bereits nächstes Jahr realisiert und dann auch eine markante Verkehrsentlastung für Liestal mit sich bringen. Aus dem heute eingegangenen E-Mail von Herrn Urs Roth des Tiefbauamtes BL, betreffend der Umfahrungsstrasse H2, werden folgende Passagen zitiert: *Die Phase Vorprojekt/Generelles Projekt ist abgeschlossen. Für die nächste Phase Auflageprojekt/Bauprojekt benötigen wir einen Projektierungskredit. Der Antrag des Tiefbauamtes ist eindeutig und klar, dass der Kredit zur Weiterarbeit bzw. für die nächste Phase gesprochen wird, unabhängig von den Diskussionen um das Agglomerationsprogramm. Dies ist aber letztlich der Entscheid des Landrates. In der Landratsvorlage des Projektierungskredits ist die Genehmigung des Generellen Projektes durch den Landrat enthalten.*

Das vorliegende generelle Projekt, das das Tiefbauamt zur Genehmigung vorlegt, enthält beide Vollanschlüsse. Ob beide Vollanschlüsse Bestandteil des Projektes bleiben, ist aber letztlich wieder der Entscheid des Landrates. Es ist vorgesehen, dass die Vorlage vom Regierungsrat im April/Mai 2009 an den Landrat überwiesen wird. Inhalt der Vorlage ist der Projektierungskredit und die Genehmigung des Generellen Projektes, Zusatzbemerkungen: Infolge Instandsetzungsbedarf erachtet das Tiefbauamt eine rasche Weiterführung der Projektierungsarbeit als dringend. Falls die H2 an den Bund übergehen sollte, ist es wichtig, dass ein rechtskräftiges Bauprojekt für die Erneuerung der Umfahrung Liestal vorliegt. Auch aus diesem Grund erachten wir die rasche Weiterführung der Projektierungsarbeit als wichtig.

Bereits gemachte Behauptungen und Aussagen, dass man aus zuverlässiger Quelle wisse, dass niemand am H2-Projekt arbeite, können mit der zitierten Stellungnahme eines Chefbeamten des Kantons sicher dementiert werden. Die H2 liegt im Richtplan und auch das Verkehrskonzept Liestal mit den 3 Vollanschlüssen im Schildareal, bei der Gasstrasse sowie im Altmarkt stand nie zur Diskussion. Der Leiter des Stadtbauamtes hat Einsitz in der Begleitgruppe Planung und somit ist die Stadt Liestal auch laufend über das Neueste informiert.

://: Der Antrag der FDP-Fraktion für eine Rückweisung der Vorlage betreffend der Postplatz-Neugestaltung an den Stadtrat wird mit 10 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Matthias Zimmermann (SP) stellt als Präsident der Bau- und Planungskommission den BPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2008/17a vor: Als Vorbemerkung wird erwähnt, dass die Sanierung eines öffentlichen Raumes sehr komplex ist und die damit anfallenden Arbeiten von den sachverständigen Mitarbeitenden der Verwaltung zu erledigen sind. Die BPK hatte sich an zwei Sitzungen ausführlich mit dem Geschäft befasst und auch Gespräche mit Fachleuten geführt. Betreffend der Velostation auf der Postterrasse wurde festgestellt, dass dieses Projekt unabhängig von der Postplatzneugestaltung behandelt werden kann. Verschiedene Gründe sprechen dafür, dass auch die vorgeschlagene Parkplatzanordnung nur in einer Begegnungszone möglich ist. Mehrheitlich hatte sich die Kommission für das unterbreitete Baumgestaltungskonzept ausgesprochen. Mit knappem Mehr hatte sich die Kommission für die vorgeschlagene Lösung betreffend der neuen Sitzelemente entschieden. Entgegen dem stadträtlichen Antrag soll aber das Postulat Nr. 2007/160 von Hans Brodbeck betreffend der Altstadt-Aufwertung nach Meinung der BPK noch nicht abgeschrieben werden.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) schlägt vor, dass die drei vorhandenen Vorlagen zum Geschäft als Gesamtpaket diskutiert werden und über die verschiedenen Anträge am Schluss abgestimmt wird.

Hanspeter Meyer (SVP) führt aus, seine Fraktion ist der Meinung, dass es betreffend dem Postplatz vorwärts gehen sollte. Betreffend der vorgängig gemachten Aussagen im Zusammenhang mit dem Rosenquartier wird der Stadtrat gebeten, etwas betreffend einer möglichen Verkehrsentlastung zu unternehmen. Eine Möglichkeit wäre sicher eine Entlastung der Rosenstrasse mit einer Verkehrsentlastung über den Nonnenbodenweg und Kantinenweg und auch bei einem Manor-Baubeginn in Kürze wäre sicher eine provisorische Lösung möglich. Eine Erweiterung der Begegnungszone vom Postplatz auf die Poststrasse macht Sinn, damit auf kurze Distanz nicht immer unterschiedliche Tempolimiten zur Anwendung kommen würden. Wichtig ist auch, dass weitere Verhandlungen betreffend möglicher Kantonsbeiträge geführt werden. Seine Fraktion findet es daneben, dass man bei jeder Platzgestaltung auch gleich ein Baumkonzept in Auftrag gibt. Bäume gehören in den Wald, da diese auf öffentlichen Plätzen eine Nutzungseinschränkung mit sich bringen und auch deren Unterhalt sowie Pflege nicht unbedeutend ist. So soll beim Postplatz ein Minimum an Bäumen gezielt aufgestellt werden. Den BPK-Anträgen wird zugestimmt, sollten noch gewisse Korrekturen möglich sein.

Hans Brodbeck (FDP) meint, er habe sich in der BPK noch nie so unverstanden gefühlt, wie bei diesem Geschäft. Im Zusammenhang mit dem Postplatz-Projektierungskredit ist in der Vorlage Nr. 2007/182 vom Stadtrat erwähnt worden, dass betreffend dem Postplatz eine sehr anspruchsvolle Planungsaufgabe anstehe. Die Verkehrsachse vom Postplatz zum Wasserturmplatz wird immer mehr frequentiert, unter anderem auch von den Bussen, welche die Poststrasse neu auch im Gegenverkehr durchfahren. Das heisst, dass die Vorlage Nr. 2007/182 eine eigentliche Verkehrsvorlage war. Nach Vorliegen der Planerberichte kommt nun ein neues Vokabular zum Vorschein und man spricht beispielsweise von einer urbanen Raumgestaltung, wobei man überhaupt nichts mehr von Verkehrsthemen liest. So wird auch betreffend der Begegnungszonen mit Vortrittsrechten für den öffentlichen Verkehr widersprüchlich argumentiert. Betreffend dem bereits erwähnten Baumkonzept wird unterschrieben, dass keiner der bestehenden Bäume bestehen bleibt. Gerne hätte er Auskunft zu seiner Frage erhalten, ob ein Postbesucher mit einer Schlaufe nicht wieder durch die Bahnhofstrasse zurückfahren könnte, um keinen Umweg durch die Poststrasse hindurch machen zu müssen. Solche Lösungen sind nicht vorhanden. Er ist deshalb nach wie vor der Meinung, dass das Projekt zu wenig gut und zu wenig flexibel ist, weshalb dieses auch abgelehnt werden soll.

Philipp Senn (SP) meint, er und seine Fraktion haben nicht so viele Ängste, wie sie von seinem Vorredner Hans Brodbeck geäussert wurden. Das Projekt ist wegen seiner Komplexität von verschiedenen Fachpersonen bearbeitet worden. In der BPK wurden verschiedene Fragen geklärt sowie Aspekte aufgezeigt, die bei der Projektumsetzung noch zu berücksichtigen sind. Das Projekt verspricht auch eine Qualitätssteigerung, wie man dies beispielsweise in der Allee erleben darf. Die Neugestaltung des Postplatzes ist ein wichtiger Mosaikstein im Zusammenhang mit der Aussenraumgestaltung. Seine Fraktion wird den Anträgen zustimmen und freut sich auf die Raumbenutzung nach Abschluss der Baumarbeiten. Es müsste noch die Frage beantwortet oder abgeklärt werden, ob von der Post die Parkierungssituation auch zugelassen wird, wenn die bewachte Velostation gegebenenfalls nicht zustande käme.

Jürg Holinger (GL) äussert, auch seine Fraktion unterstütze die Anträge betreffend der Postplatz-Neugestaltung sowie den Vorschlag betreffend der vorgesehenen Begegnungszone. Die Begegnungszone dürfte die einzige mögliche und vernünftige Lösung für alle Beteiligten im Zusammenhang mit der neuen Verkehrsführung sein. Der Aussage von Hans Brodbeck betreffend einer anspruchsvollen Verkehrsplanung kann zugestimmt werden, doch ist er selber der Meinung, dass die damit beauftragten Fachleute die Ansprüche erfüllt haben. So muss man auch den Aussagen der Sachverständigen betreffend der Machbarkeit des Busverkehrs im Gegenverkehr bei der Poststrasse vertrauen können. Das Baumkonzept macht durchaus Sinn, da damit eine Verbindung zum Emma Herwegh-Platz gewährleistet ist. Die Anordnung der Bäume verhindert keine intensivere Verkehrsnutzung von der Poststrasse her. Mit der Anordnung der Veloständer bei der Post ist man nicht ganz zufrieden, was auch in der BPK schon besprochen wurde. Es bleibt zu hoffen, dass die Velofahrer die notwendige Disziplin aufbringen werden.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) berichtet, auch seine Fraktion sei gegenüber dem Postplatz-Projekt grundsätzlich positiv eingestellt. Auch die Begegnungszone wird befürwortet. Der Vorschlag von Hanspeter Meyer betreffend einer möglichen Entlastung der Rosenstrasse bis zum Bauabschluss der H2-Kreisel wird unterstützt. Eine diesbezügliche Zusage wird vom Stadtrat erwartet, damit seine Fraktion den Anträgen betreffend dem Postplatz zustimmen wird. Als BPK-Mitglied hatte er mit dem Ersatz und der Beschaffung neuer Sitzbänke den Eindruck erhalten, dass mit öffentlichen Geldern nicht gerade sorgfältig umgegangen wird. Er hofft künftig auf etwas mehr Bescheidenheit im Zusammenhang mit der Beschaffung solcher Dinge.

Daniel Spinnler (FDP) führt aus, eine wesentliche Grundlage betreffend der H2-Kreisel habe sich geändert. Und so lange man diesbezüglich keine Antworten auf die gestellten Fragen erhält, kann dem Geschäft Postplatz auch nicht zugestimmt werden. Das Verkehrsproblem ist nach wie vor ungelöst, weshalb betreffend einem besseren Verkehrsfluss Massnahmen nötig sind.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) informiert, nach der nächsten Rednerin wird die Rednerliste geschlossen und nach dem Schlusswort von Stadtrat Ruedi Riesen über die Anträge abgestimmt.

Regina Vogt (FDP) sagt, die H2-Problematik sei ganz entscheidend bei der Diskussion in ihrer Fraktion gewesen. Nachdem sie sich als BPK-Mitglied bewusst geworden war, dass das Verkehrskonzept von Liestal nicht mehr verhält, hatte sie den zuständigen Regierungsrat direkt auf die Problematik angesprochen. Erfreut nimmt sie nun heute zur Kenntnis, dass sich auch der Kanton der Dringlichkeit bewusst ist, weshalb sie dem Postplatzprojekt auch zustimmen kann. Betreffend dem Baumkonzept begrüsst sie die Strategie und das Konzept der Landschaftsarchitekten, mit welchen eine gestalterische Einheit zwischen dem Emma Herwegh-Platz und dem Postplatz bezweckt wird.

Stadtrat Ruedi Riesen informiert mittels einer Powerpoint-Präsentation über verschiedene Punkte, welche am heutigen Abend auch schon Gegenstand der Diskussion waren:

- Verkehrskonzept Liestal: Umsetzung 2007 - 2010; Situation; Massnahmen Kanton + Stadt
- Übersicht Stadtraum / Projektumfang; Situation
- Poststrasse; Terminplanung mit Bauende Juli 2009
- Postplatz; Terminplanung von August 2009 bis Mai 2010
- Quartierplan 1; Terminplanung von Oktober 2009 bis März 2012
- Wasserturmplatz; Terminplanung von März 2010 bis Frühling 2011
- Manor mit Bücheliplatz; Terminplanung von September 2010 bis Oktober 2012
- Quartierplan 2; Terminplanung von März 2012 bis Dezember 2013
- Gesamtübersicht der Projekte; Terminplanung 2009 – 2013
- Postplatz, Situationsplan

Es ist anzunehmen, dass mit dem Manor-Neubau erst nach Bauende des Wasserturmplatzes begonnen wird. Spätestens im Zusammenhang mit dem Manor-Neubau ist beim Nonnenbodenweg und Kantinenweg der Verkehrsfluss ab der Rosenstrasse und bessere Nutzbarkeit der beiden Strassen umzusetzen. Die Büchelistrasse wird dann wohl nur noch für den Bauverkehr nutzbar sein. Die teilweise hämische Wortwahl bei der heutigen Debatte im Zusammenhang mit der Postplatz-Neugestaltung, der Mitwirkung und Vorschläge von Landschaftsarchitekten, Planungsbüros etc. ist ihm unverständlich. In der BPK wurde bereits die Frage betreffend der rechtswinklig angeordneten Parkplätze beantwortet. Mit dieser Anordnung der Parkplätze ist es möglich, dass Postbesucher auch über die Bahnhofstrasse wegfahren können und nicht zwingend durch die Poststrasse fahren müssen. Im Februar konnte er sich in der grossflächigen Begegnungszone von Chur selbst davon überzeugen, wie Fussgänger und Fahrzeuge inklusive Busse durchaus in einer Begegnungszone miteinander klar kommen können. Bereits im Planungsprozess hatten sich die örtlichen Busbetriebe positiv zu einer durchgehenden Begegnungszone vom Bahnhof bzw. Postplatz bis zum Wasserturmplatz geäussert. Die Post kann sich mit den Velo- und Autoparkräumen beim Postgebäude und auf dem Postplatz einverstanden erklären. Dies unabhängig davon, ob die Velostation auf der Postterrasse zustande kommt oder nicht. Schon alleine wegen dem Busverkehr ist man darauf angewiesen, dass auch während der Bauarbeiten beim Postplatz und auch später beim Wasserturmplatz der Verkehrsdurchfluss gewährleistet bleibt. Die Fragen betreffend der Verkehrsbelastung des Rosenquartiers und möglichen Verbesserungsmassnahmen ist vom Stadtrat bereits schriftlich mit der dritten Antwort in der Vorlage Nr. 2008/17b beantwortet worden.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) orientiert über das Vorgehen betreffend dem Abstimmungsprozedere.

- ://: Vom Bericht und der Stellungnahme des Stadtrates betreffend der Fragen der FDP-Fraktion gemäss Vorlage Nr. 2008/17b wird grossmehrheitlich Kenntnis genommen.

- ://: Den Anträgen gemäss Berichten des Stadtrates (Nr. 2008/17) sowie der Bau- und Planungskommission (Nr. 2008/17a) betreffend dem Bauprojekt und dem Kredit von CHF 980'000.— sowie dem Antrag der BPK, dass das Postulat Nr. 2007/160 nicht abgeschlossen wird, wird mit 24 Ja-Stimmen bei 8 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen zugestimmt.

68 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Angepasste Motion von Pascal Porchet und Daniel Spinnler namens der FDP-Fraktion sowie Beat Gränicher namens der SVP-Fraktion betreffend Steuersenkung auf 62 Prozent (Nr. 2008/39, Nr. 2008/39a)

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) stellt nach seiner Umfrage im Rat fest, dass das Eintreten auf die neue verifizierte Motion betreffend „Steuersenkung auf 62 Prozent“ (Nr. 2008/39a) unbestritten ist.

Daniel Spinnler (FDP) erklärt als Motionär, ohne Revision des Finanzausgleichsgesetzes würde die Balance des Finanzhaushaltes gemäss Entwicklungsplan unverändert bleiben. Mit den vorangezeigten Gebührenerhöhungen Wasser und Abwasser würde die Einwohnerschaft eine weitere finanzielle Mehrbelastung zum ohnehin schon hohen Steuerfuss erfahren. Beiträge vom Kanton aus dem Finanzausgleich sind vergleichbar mit der aus dem Himmel herabfallenden Manna. Diese Gelder sollen auch den Steuerzahlern zurückgegeben werden. Mit Erfüllung der mit der Motion Nr. 2008/39a verlangten Forderungen würden auch die Bestrebungen für die Unterstützung des Gewerbes gemäss Postulat Nr. 2009/45 der Grünen Fraktion sowie der SP-Fraktion wirksam. Gemäss Entwicklungsplan stehen neue Projekte wie Velostation, familienergänzende Tagesstrukturen sowie weitere Projekte mit zunehmenden Ausgaben an und eine Plafonierung drängt sich auf. Die Steuersenkung auf 62 Prozent ist realistisch und im Vorstoss bereits begründet worden. Diese ist im Zusammenhang mit dem Finanzausgleich um 5 Prozent und mit weiteren 2 Prozenten als Kompensation zu den höheren Wasser- und Abwassergebühren möglich.

Stadtrat Peter Rohrbach informiert als Finanzchef über den stadträtlichen Standpunkt betreffend der Motion: An der Balance und vier Parametern Dienstleistungen, Steuern, Gebühren und Infrastruktur soll festgehalten werden. Seit Jahren ist im Stadtrat keine einseitige Finanzstrategie betreffend Schuldenabbau, Investitionstätigkeiten usw. getätigt worden. Der Abbau der Schulden von immer noch über 30 Millionen Franken aus den 90er-Jahren ist auch im Sinne des Stadtrates, da die Schuldzinsen doch rund 3 Steuerprozent ausmachen. Auch betreffend einer Steuersenkung ist alles eine Frage des Ausmasses und der Gewichtung. Mit 2,5 Millionen Nettoinvestitionen steht Liestal an sechster Stelle des Kantons und eine Erhöhung auf 3 Millionen ist bei Inkrafttreten des neuen Finanzausgleichsgesetzes möglich. Der Abbau von Dienstleistungen ist ein sehr komplexes Thema und dabei sollte schlussendlich einfach das Gesamtbild einer Gemeinde immer noch stimmen. Die Forderung der Motionäre, dass der Finanzausgleich vollumfänglich für eine Steuersenkung zu verwenden und gar im Voranschlag einzustellen ist, kann nicht erfüllt werden. Beim Erstellen der Voranschläge liegen keine genauen Zahlen vor und die Finanzausgleichsbeiträge müssen auch künftig geschätzt werden. Der Einwohnerrat wird gebeten, die stadträtliche Strategie zu unterstützen und deshalb die Motion Nr. 2008/39a nicht an den Stadtrat zu überweisen.

Jürg Holinger (GL) erklärt, seine Fraktion lehnt die Motion mit einer Steuersenkung in dieser Höhe und in diesem Zeitpunkt ab, obwohl die Motionäre gemäss neuesten Erkenntnissen nicht eine Steuerreduktion von 7 Prozent, sondern nur eine solche von 5 Prozent verlangen. Gemäss Vorschlag der Motionäre soll der Finanzausgleich vollumfänglich für die Steuersenkung verwendet werden, obwohl das Finanzausgleich-Gesetz noch nicht beschlossen ist und auch die Beträge nicht bekannt sind. Es kommt ihm deshalb vor wie auf einem orientalischen Bazar, auf welchem um ein Bärenfell gehandelt wird, wobei der Bär gar noch nicht erlegt ist. Das neue Finanzausgleichsgesetz steht im Landrat noch gar nicht zur Debatte und verschiedene Gemeinden sind mit der Gesetzesänderung nicht einverstanden. Auch der Zeitpunkt betreffend einer Steuerreduktion wegen der neuen Wasser- und Abwassergebühren ist verfrüht, da diesbezüglich überhaupt noch keine Fakten vorliegen sowie Zahlen bekannt sind.

Mit der Forderung der Motionäre gerät die Balance ins Wanken und vom Finanzchef ist vorgängig erwähnt worden, weshalb ein Abbau der Dienstleistungen nicht möglich ist. Die Bevölkerung von Liestal ist zwischen 1990 und 2007 um 9 Prozent gewachsen. Das ist doch ein Beweis dafür, dass Liestal trotz hohen Steuersätzen attraktiv ist. Ältere und auch jüngere Leute schätzen verschiedene Angebote und Vorteile von Liestal, weshalb man sich nicht auf die Messung von Steuersätzen fokussieren sollte. Gemäss dem von ihm angestellten Berechnungsbeispiel würde nur ein kleiner Teil der Bevölkerung in den Genuss der Steuerreduktion kommen. Das Postulat Nr. 2009/45 zeigt auf, dass es Mittel und Wege gibt, die zusätzlich zur Verfügung stehenden Mittel so einsetzen zu können, dass nicht nur ein kleiner Bevölkerungsanteil davon profitieren würde. Schliessen möchte er mit einem Zitat des früheren freisinnigen Bundesrates Kaspar Villiger: „Die Steuerbelastung ist nicht alles. Es erstaune ihn immer wieder, dass diejenigen am meisten über die Steuern schimpfen, die es sich am besten leisten können“.

Regula Nebiker (SP) führt aus, auch mit der SP kann man über Steuersenkungen sprechen. Ihre Fraktion findet aber, dass keine unüberlegten Entscheide als Schnellschüsse gefällt werden sollen. Der heutige Zeitpunkt mit Wirtschaftskrise und zu vielen Unbekannten ist aber falsch für eine Steuersenkung. Anstelle von Steuersenkungen sollten Investitionen getätigt werden, von welchen alle Einwohner profitieren könnten. Die Entwicklung der Finanzlage von Gemeinden und Kanton sowie die Auswirkungen des neuen Finanzausgleichsgesetzes sind unbekannt. Grundsätzlich sollten Gebühren für Wasser und Abwasser nicht zusammen mit den Steuern in den gleichen Korb geworfen werden, da die Betroffenheit in der Bevölkerung nicht dieselbe ist. Ihre Fraktion könnte sich über eine Steuerreduktion ab dem Jahre 2012 unterhalten, wird aber heute die Motion der FDP- und SVP-Fraktionen ablehnen.

Beat Gränicher (SVP) sagt, der Zeitpunkt für eine Steuersenkung ist heute durchaus richtig. Trotz dem hohen Steuerfuss von 67 Prozent hat Liestal nicht mehr als andere Gemeinden. In der Vergangenheit und auch in der Zukunft leistet/e sich Liestal Begehrlichkeiten, von denen nicht alle profitieren konnten bzw. können. Sparpotential ist in Liestal vorhanden und erfreulicherweise wird auch vom Stadtrat eine Steuersenkung um 2 % in Betracht gezogen. Seine Fraktion ist für die Überweisung der Motion an den Stadtrat.

Pascal Porchet (FDP) meint, Liestal darf nicht weiterhin das Schlusslicht mit dem höchsten Steuersatz im Kanton sein. Solange die finanziellen Mittel vorhanden sind, werden immer wieder zahlreiche Ideen und Projekte umgesetzt, da dafür das Geld ja vorhanden ist. Dem will man mit dem Vorstoss entgegenwirken. Die Zeichen des Einwohnerrates an den letzten Sitzungen waren fragwürdig, hatte sich der Einwohnerrat doch beispielsweise selbst eine Lohnerhöhung mit der Anpassung der Sitzungsgelder gegeben, ohne dass aber damit eine Effizienzsteigerung oder qualitative Verbesserung verbunden ist. Betreffend dem Vorstoss Nr. 2009/45 der SP sowie Grünen sei betreffend der Gewerbeunterstützung erwähnt, dass beispielsweise der Auftrag für die erste Tranche bei der Poststrasse an eine Firma in Basel vergeben wurde. Gemäss Entwicklungsplan sind alle Hochbauten-Projekte zurückgestellt worden und somit fliessen noch weniger finanzielle Mittel an Unternehmungen, welche im Hochbau tätig sind. Die vermehrte Investitionstätigkeit in den Hochbau würde nicht nur für die Stadt, sondern auch für das örtliche Gewerbe Vorteile mit sich bringen. Die längst diskutierte Steuersenkung soll jetzt beschlossen werden und nicht ein weiteres Mal auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) äussert, seit der Motion betreffend der Finanzhaushalt-Sanierung ist man sehr viel weiter gekommen. Wegen Gesetzesänderungen, welche sich erst in der Vernehmlassung befinden, will man nun vom eingeschlagenen Kurs vor der Zielerreichung abweichen. Höhe und Zeitpunkt des neuen Finanzausgleiches sind noch nicht beschlossen, die neuen Gebühren für Wasser und Abwasser noch nicht festgelegt, die Steuereingänge der nächsten Jahre lassen sich nur ungenau beziffern sowie weitere Unsicherheiten führen dazu, dass seine Fraktion eine Steuersenkung im heutigen Zeitpunkt ablehnt.

Grundsätzlich spricht sich seine Fraktion auch gegen höhere Gebühren- und Steuerbelastungen aus. Eine allfällige Kompensation von höheren Gebühren für Wasser und Abwasser mit einer Steuerreduktion kann durchaus befürwortet werden, soll aber erst beim Vorliegen der entsprechenden Vorlage thematisiert werden. Eine Steuersenkung ist nur auf Basis der Motion Fluri und basierend auf Fakten diskutabel. Anhand von Prognosen gemachte Steuer geschenke könnten sich sehr unangenehm auf den Finanzhaushalt auswirken.

Hanspeter Zumsteg (GL) betont, dass es in der momentanen schlechten Wirtschaftslage wichtig ist, dass man Zeichen setzt. Nun besteht die Chance, dass Liestal künftig mehr Finanzausgleich erhält. Es kann nicht sein, dass von diesem Geld viel an die Wohlhabenden und wenig der Gelder an die Anderen verteilt wird. Es braucht nun einen verantwortungsvollen Umgang mit diesen zusätzlichen Geldern. So wäre ein proaktives Investieren dieser Gelder in Vorhaben wie beispielsweise die energetische Sanierung von Schulanlagen sinnvoll, da diese sowieso anstehen und gemacht werden müssen. Im jetzigen Zeitpunkt sollen Arbeitsplätze geschaffen und erst später Steuersenkungen gemacht werden. Seine Fraktion ist grundsätzlich für eine Steuersenkung, aber nicht ausgerechnet in einer Rezession. Zudem müssen zuerst die anstehenden Hausaufgaben gemacht werden.

Erika Eichenberger (GL) fügt hinzu, als Fiko-Mitglied habe sie erlebt, dass für die Finanz-Balance teilweise mit harten Bandagen gekämpft wurde. Gleichzeitig wird nun mit der Motion alles aufs Spiel gesetzt, bevor vom Kanton auch überhaupt definitive Vorgaben gemacht wurden. Ihre Fraktion hat Angst, dass mit der gewünschten Steuersenkung dann auch alle Projekte sukzessive ausgebremst und zurückgestellt würden. Sie und auch andere Familien hatten nicht eine steuergünstige Wohngemeinde gewählt. Dem Wohnort Liestal wurde als Kleinstadt mit Entwicklungspotenzial, mit einem breiten Bildungsangebot, mit einem guten ÖV-Angebot sowie weiteren Vorteilen der Vorzug gegeben. Liestal braucht den Aufbruch mit einer städtebaulichen Veränderung, wobei man jetzt nicht auf die Bremse stehen, sondern die verschiedenen laufenden und geplanten Projekte umsetzen will.

Daniel Spinnler (FDP) nimmt Bezug auf verschiedene Voten und macht diesbezüglich noch Präzisierungen: Die Motionäre könnten sich gegebenenfalls mit der Streichung des Wortes „vollumfänglich“ bei der Forderung betreffend der Steuersenkung um den Finanzausgleich-Saldoüberschuss einverstanden erklären. Das Projekt Velostation kostet 105'000 Franken zuzüglich der Mietkosten. Die Steuerprogression kann mit dem Vorstoss nicht korrigiert werden und somit hätten auch nicht alle Steuerzahler denselben Vorteil von einer Steuerreduktion, doch zahlen auch nicht alle gleich viel Steuern. Die Steuersenkung um 2 Prozent betreffend den Wasser- und Abwassergebühren basiert auf den Kennzahlen des letzten Entwicklungsplanes und würde die Balance nicht aus dem Gleichgewicht bringen.

Hanspeter Stoll (SP) findet den Vorstoss sympathisch, wird nun doch auch konkret über eine Steuersenkung diskutiert. Wie heute bereits mehrmals erwähnt worden ist, dürfte aber der Zeitpunkt für eine Steuersenkung absolut falsch sein. Der im Zusammenhang mit der Motion Fluri eingeschlagene Weg soll nun weiter verfolgt werden, konnten doch beispielsweise die Schulden innert Kürze um rund die Hälfte reduziert werden.

Roman Zeller (FDP) hält fest, dass betreffend der erwarteten Finanzausgleich-Mehrerträge ein Verteilungskampf stattfindet. Betreffend der Aussage von Stadtrat Peter Rohrbach bezüglich der Nettoinvestitionen von 2,5 Millionen seit festgehalten, dass Liestal damit an 6. Position des Kantons steht, zusätzliche Nettoinvestitionen von 0,5 Millionen aber vorgemerkt sind. In der Motion wird nicht gefordert, dass die Steuersenkungen mit dem Abbau von Dienstleistungen und beispielsweise mit einem Investitionsstopp verbunden sein sollen. Es ist auch festzuhalten, dass die Gutheissung der Motion keine Rückzahlung von Steuern mit sich bringen würde, sondern die Steuerpflichtigen müssten künftig einfach weniger Steuern bezahlen.

Regina Vogt (FDP) weist auf den interessanten Aspekt hin, dass sich aktuell viele Gemeinden trotz schlechter Wirtschaftslage mit Steuersenkungen befassen. Mit einer Steuerreduktion würde Liestal eine wesentliche Attraktivitätssteigerung erfahren. So kann auch beispielsweise dem Anstieg der Sozialhilfekosten nur mit wachstumsfördernden Massnahmen oder mit Steuerentlastungen entgegen gewirkt werden.

Stadtrat Peter Rohrbach hält fest, dass die angesprochene Quersubventionierung der Wasser- und Abwasserkassen durch die Einwohnerkasse nicht statthaft ist. Entgegen verschiedener Aussagen von Vorrednern ist festzuhalten, dass ein Dienstleistungsabbau basierend auf den bekannten Zahlen doch nötig wäre. Auch bei einem um 1,5 Millionen höheren Finanzausgleich würde bei einer Steuersenkung auf 62 Prozent der Betrag von rund 800'000 Franken per Saldo fehlen. Die mit einer Motion gemachten Forderungen sollten zudem so klar formuliert sein, dass diese nicht noch Interpretationsfragen offen lassen. Der Stadtrat empfiehlt dem Einwohnerrat, die Motion nicht zu überweisen.

://: Die angepasste Motion Nr. 2008/39a wird nicht an den Stadtrat überwiesen, nachdem der Einwohnerratspräsident sich mit Stichentscheid (Abstimmung mit 19 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung) gegen eine Überweisung des politischen Vorstosses ausspricht.

SCHLUSSBEMERKUNGEN

- ***Leitbild Natur – Bericht BPK, weiteres Vorgehen (Vorlage Nr. 2008/10)***

Matthias Zimmermann (SP) informiert als Präsident der Bau- und Planungskommission darüber, dass die BPK betreffend der relativ abstrakten Vorlage „Leitbild Natur“ entschieden hat, dem Einwohnerrat noch keinen Bericht zu unterbreiten. Das Stadtbauamt wurde bereits mit der Fertigstellung des Landschaftsentwicklungskonzeptes beauftragt. Das Leitbild und auch das Entwicklungskonzept werden dann nach den Sommerferien in der BPK und anschliessend im Einwohnerrat beraten.

- ***Anbindung kant. Verwaltungsbezirk an Altstadt (Vorlage Nr. 2009/46)***

Hanspeter Meyer (SVP) hält auf Anfrage des Ratspräsidenten fest, dass er wegen Zeitmangel nicht insistiert, dass das Postulat Nr. 2009/46 noch an der heutigen Sitzung beraten wird, obwohl dies vom Einwohnerrat eingangs der heutigen Sitzung beschlossen worden war.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) informiert darüber, dass das Postulat Nr. 2009/46 an der nächsten Einwohnerratssitzung gleich am Anfang behandelt wird.

Schluss der Sitzung: 21.50 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Franz Kaufmann

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann